



# Sechste Partei oder Parteigänger?

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

## Sechste Partei oder Parteigänger?

Gleich vorweg – die GdP ist weder noch.

Wir sind für unsere Mitglieder und Beschäftigten der Polizei da. Nicht mehr und nicht weniger.

Wir werden zwar oft dem einen oder anderen Lager zugeordnet – aber da trägt der Schein. Wir stehen „Rot“ nicht näher als „Schwarz“, „Grün“ oder sonst einer „Farbe“.

Dass der eine oder andere Funktions-träger seine „persönliche politische Heimat“ hat, ist ein offenes Geheimnis, durchaus legitim und im Einzelfall sogar hilfreich.

So waren z. B. der ehemalige GdP-Landesvorsitzende Heinrich Meyer bekenndes CDU-Mitglied, wie auch der ehemalige Bundesvorsitzende Hermann Lutz.

Heute ist die Situation zwar eine andere, doch dies spielt – bezogen auf das Selbstverständnis und die Aufgaben der GdP – überhaupt keine Rolle.

Wir werden auch keinerlei Wahlempfehlung aussprechen – das ist nicht unsere Aufgabe.

## Fragen an alle im Landtag vertretenen Parteien

Aber, wir haben Fragen an CDU, FDP, Grüne und SPD gestellt, die wir bereits in der Januar-Ausgabe der Deutschen Polizei veröffentlicht haben.

Es sind durchaus einfache, klare und leicht zu beantwortende Fragen und sie umreißen die Probleme, die unsere Kolleginnen und Kollegen derzeit umtreiben.

Jede Partei hatte unabhängig und ohne Druck die Möglichkeit, ihre Antworten auf die Fragen zu liefern. Einzige Vorgabe war der Termin, der uns für die Drucklegung der „Deutschen Polizei“ vorgegeben wurde.

Die CDU hat aufgrund ihres Delegiertentages am 29. 1. 2011 um eine Fristverlängerung gebeten, dem sind wir gerne gefolgt.



SPD und Grüne haben fristgerecht geantwortet und so konnten wir deren Antworten bereits in der Februar-Ausgabe veröffentlichen

## Aber, wo sind die Antworten der FDP?

Da kam leider keine Reaktion, weshalb wir hier einen Platzhalter eingefügt haben. Es ist traurig, lässt aber auch tief blicken. So ein Verhalten hat was mit Wertschätzung und gegenseitigem Respekt zu tun.

Wie bereits gesagt, wir werden keine Wahlempfehlungen aussprechen, so nach dem Motto „Die Partei ist wählbar und diese oder jene eigentlich nicht.“

Dies werden wir nicht einmal intern machen und schon gar nicht öffentlich. Das überlassen wir lieber anderen.

Aber wir wollen Mosaiksteine und Entscheidungshilfen liefern, die dann zusammen mit den privaten und persönlichen Überlegungen ein Gesamtbild ergeben.

Die Entscheidung, wer wen wählt, ist eine persönliche Sache und wird es immer bleiben. Es gibt bestimmt auch Kolleginnen und Kollegen, die ihre eigenen Wertmaßstäbe haben und für die Äußerungen der Politik in Richtung Polizei entweder unwichtig, nebensächlich oder sowieso „gelogen“ sind. Auch dies ist jedermanns/jederfraus eigene Entscheidung.

Wir als GdP haben Hilfestellung angeboten, die jede/r nutzen kann.

Wir haben die Fragen gestellt, die uns unsere Mitglieder immer wieder stellen. Die Antworten – auch wenn sie nicht gefallen – kommen von den Parteien, die dafür auch die Verantwortung tragen.

Ganz schön einfach! Nein, aus unserer Sicht richtig, denn wir sind weder eine „Sechste Partei“ noch Parteigänger.

Unser Bestreben ist eine kritisch konstruktive Arbeit – wir sind oft unbequem und äußern ehrlich und deutlich unsere Meinung, egal ob sie gefällt oder nicht – das verstehen wir unter Demokratie und das ist gelebte Meinungsfreiheit.

Es gab immer wieder Versuche, uns in eine bestimmte politische Ecke zu schieben, doch dies zeigt lediglich, wie schnell die oft heftigen Auseinandersetzungen der GdP mit verschiedenen Innenministern in Vergessenheit geraten.

Eines ist aber wichtig und wurde vom 1. stellvertretenden Landtagsvizepräsidenten Wolfgang Drexler anlässlich des GdP-Neujahrsempfang 2011 geäußert: „Sie (gemeint Polizei und ÖD) habe die Möglichkeit, sich ihre Verhandlungspartner selbst zu wählen. Welcher Arbeitnehmer hat dies schon!“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Da bleibt nur noch eines, am 27. 3. zur Wahl zu gehen.

Wenn der Spruch: „Wahltag ist Zahltag“ richtig ist, dann ist der Gang am 27. 3. 2011 erste Pflicht für alle Polizeibeschäftigten (Polizeibeamte, Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte).

## Denn nur wer wählen geht bestimmt mit!

*Euer  
Rüdiger Seidenspinner*





# CDU Baden-Württemberg

## Welche Verbesserungen haben Sie sich für die Tarifbeschäftigten der Polizei gedacht?

Unsere Anerkennung gilt insbesondere den Beschäftigten der Polizei. Damit unser Land bei der Sicherheit weiter an der Spitze bleibt, wird bei der Polizei nicht gespart. Das gilt für die Personalausstattung der Polizei genauso wie für die Technik. Wir werden deshalb ein Folgeprogramm des bewährten Technik-Zukunftsprogramms auflegen.

Die CDU Baden-Württemberg hält gleichzeitig an der Tarifautonomie fest. Änderungen der tariflichen Rahmenbedingungen der Beschäftigung sind Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Tarifparteien.

## Werden Sie die Idee einer „Polizeizulage“ für Tarifbeschäftigte in der Polizei des Landes umsetzen?

Die Polizeizulage dient dem generellen Ausgleich der Besonderheiten des Polizeidienstes (Außendienst, unregelmäßige Arbeitszeiten, Gefährdung, Verpflichtung zum Einschreiten, Reinigung der Dienstkleidung etc.). Die Tätigkeit von Tarifbeschäftigten bei den Polizeidienststellen wird von diesen polizeispezifischen Merkmalen im Allgemeinen nicht geprägt. Deshalb wurde die Forderung nach einer entsprechenden Zulage auch noch nicht ernsthaft an uns herangetragen.

2%. Dadurch kommt insbesondere auch die Wertschätzung für die gute Arbeit der Beamten im öffentlichen Dienst zum Ausdruck. Die CDU ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den im Landesdienst beschäftigten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bewusst und wird den Belangen der Beamten Rechnung tragen.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir durch eine Ausweitung von Planvermerken für die gegenseitige Inanspruchnahme von Vollzugs- und Nichtvollzugsstellen die Beförderungsmöglichkeiten für die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten im Polizeibereich verbessern. Diese Absicht haben wir auch in unser Regierungsprogramm einfließen lassen.

## Werden Sie einem Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei eine endgültige Absage erteilen?

Die Sicherheit der Bürger und der Schutz vor Straftaten gehört für uns zu den Kernaufgaben landespolitischer Verantwortung. Ein weiterer Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei wäre angesichts der bereits erfolgten Einsparungen nicht wünschenswert.

## Wird es mit Ihnen einen weiteren Stellenabbau im Vollzugsbereich der Polizei geben?

Mit dem Stellenabbau der letzten Jahre wurden die Auswirkungen der Erhöhung der Wochenarbeitszeit und der Ausgliederung der Lebensmittelkontrolle nachvollzogen.

Wir sagen zu: Die Kapazitäten des Vollzugsdienstes werden nicht zurückgefahren.

## Sind Sie bereit, langjährige Beschäftigte der Polizei mit Zeitverträgen in Festverträge zu übernehmen, wenn ja: wie – wenn nein: warum?

Soweit freie und besetzbare Stellen zur Verfügung stehen und die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, werden wir diese selbstverständlich zur Entfristung von Beschäftigten nutzen.

## Werden Sie den bisherigen Stellenabbau rückgängig machen?

Mit einem Einstellungskorridor, der 2008 bis 2013 eine jährliche Einstellung von durchschnittlich 800 Nachwuchskräften im Polizeivollzugsdienst vorsieht, gelingt es, dass in den vergangenen zwei Jahren bereits 510 Bewerber mehr zum Zuge kamen, als ursprünglich geplant gewesen ist. Die Entscheidung für einen Einstellungskorridor ist in Zeiten strikter Haushaltskonsolidierung keine Selbstverständlichkeit. Die CDU hat dafür gesorgt, dass das Land in den nächsten Jahren dafür mehr als 300 Millionen Euro investiert. Dieser Kraftakt ist eine wichtige Weichenstellung für die Struktur der Polizei.

## Welche nachhaltigen Verbesserungen für Verwaltungsbeamte/-innen in der Polizei sehen Sie nach der Wahl vor?

Die Verwaltungsbeamten der Polizei erhalten – wie die übrigen Beamten – im Vorgriff auf das Tarifergebnis ab 1. 4. 2011 eine lineare Erhöhung der Besoldung um

**Die Polizistinnen und Polizisten des Landes müssen zukünftig bis zum 62. Lebensjahr arbeiten. Dies ist der völlig falsche Weg.**

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

### GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)

### Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-service.com](mailto:info@gdp-service.com)

### Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)  
Schwalbenweg 23  
71139 Ehningen  
privat: (0 70 34) 76 83  
GdP-Phone: (0 15 25) 6 13 26 65  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon: (02 11) 71 04-1 83  
Telefax: (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon: (0 28 31) 3 96-0  
Telefax: (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



**GdP-WAHLPRÜFSTEINE 2011****Werden Sie diesen Schritt generell rückgängig machen? Zumindest für die Beamtinnen und Beamten im Wechselschichtdienst rückgängig machen?**

Die Anhebung der Sonderaltersgrenze für Feuerwehr-, Polizei- und Justizvollzugsbeamte folgt der Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre. Sie ist dem glücklichen Umstand einer kontinuierlich steigenden Lebenserwartung und der verzögert nachlassenden Leistungsfähigkeit der Beamten begründet. Diese Entwicklung konnte über die letzten Jahrzehnte in der gesamten Bevölkerung beobachtet werden. Entsprechend wurde bereits im Jahr 2007 beschlossen, das Renteneintrittsalter bei den Angestellten für alle Berufsgruppen gleichermaßen auf 67 Jahre anzuheben. Eine Differenzierung anhand der gesundheitlichen Belastung der Tätigkeit wird bei Angestellten nicht stattfinden.

Diese Gründe gelten für alle Beamtengruppen gleichermaßen. Würden einzelne Beamtengruppen davon ausgenommen, stellt sich die Frage nach der Gleichbehandlung mit den anderen Gruppen. Dabei würde auch außer Acht gelassen, dass mit der in den letzten Jahrzehnten gestiegenen Lebenserwartung in der Regel auch die Leistungsfähigkeit im Alter länger erhalten bleibt.

Hinzu kommt, dass durch immer bessere Technik die Belastungen vermindert werden. Wir haben dennoch beschlossen, auch weiterhin an einer Sonderaltersgrenze für die Beamtengruppen, die regelmäßig einer besonderen Belastung ausgesetzt sind, festhalten. Die Anhebung der Sonderaltersgrenze für Polizeibeamte erfolgte daher parallel zur Anhebung der Sonderaltersgrenze für die übrigen Berufsgruppen.

Zudem wurde durch die Umsetzung eines Maßnahmenpaketes zur Abfederung der Erhöhung der Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand von Feuerwehrbeamten den Belastungen in dem Zeitpunkt entgegengewirkt, in dem sie entstehen. So erhalten Beamte im Sinne von § 36 Abs. 3 LBG zusätzlich zwei Tage Zusatzurlaub im Jahr. Gleichzeitig bleibt der finanzielle Ausgleich für die spezifischen Belastungen erhalten und wird weiter ausgebaut. Dienstunfähige Polizeibeamte sollen durch die Erhöhung der Altersgrenze keinen finanziellen Nachteil erleiden; sie werden ab 60 Jahren bei Dienstunfähigkeit ohne Versorgungsabschlag in den Ruhestand versetzt werden können.

**Seit 17 Jahren werden den Polizistinnen und Polizisten des Landes die positiven Auswirkungen der europäischen Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrichtlinien vorenthalten. Welche Maßnahmen gedenken Sie nach den Landtagswahlen in die Wege zu leiten, damit diesen Schutzvorschriften entsprochen werden kann?**

Die EU-Vorschriften sind in Baden-Württemberg geltendes, umgesetztes und angewandtes Recht. Eines der wesentlichen Ziele – auch im Sinne der Optimierung des Gesundheitsschutzes – ist die Neuausrichtung der Arbeitszeit im polizeilichen Wechselschichtdienst. Dabei geht die baden-württembergische Polizei bereits jetzt neue und innovative Wege und hat im bundesweiten Vergleich eine Vorreiterrolle eingenommen. Dieses Engagement unterstützt die CDU weiterhin. Grundsätzlich stehen wir auch Überlegungen, neue Schichtdienstmodelle auszuprobieren, offen gegenüber.

**Wie wollen Sie nach den Landtagswahlen das enorme Problem hinsichtlich des Altersaufbaus bei der Kriminalpolizei in den Griff bekommen?**

Angesichts neuester Prognosen zur Altersstruktur zeichnet sich durchschnittlich eine weniger dramatisch verlaufende Altersentwicklung bei der Kriminalpolizei ab. Es wird aber erforderlich werden, Erfahrungsverluste aufgrund starker Fluktuation gezielt auszugleichen. In diesem Zusammenhang hat das Landespolizeipräsidium die Arbeitsgruppe „Wissens- und Erfahrungstransfer“ beauftragt, entsprechende Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Durch vorgezogene Neueinstellungen von Polizeibeamten wollen wir die Altersstruktur der Polizei verbessern. Durch diesen so genannten Stellenkorridor entstehen rund 1000 zusätzliche Stellen im Polizeidienst. Wir bieten außerdem mehr Ausbildungsplätze bei der Polizei an, um das Potenzial des doppelten Abiturjahrgangs 2012 zu nutzen. Wir wollen diese zusätzlichen Stellen auch dazu nutzen, durch gezielte Neubesetzungen mit jungen Beamten in besonders betroffenen Arbeitsgebieten, das dortige Durchschnittsalter zu senken.

**Welche Einschränkungen haben Sie in puncto Beihilfe/Heilfürsorge geplant?**

Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage wurden in der neuen Heilfürsorgeverordnung Regelungen der gesetzlichen Krankenversicherung über Leistungsausschlüsse oder -begrenzungen sowie über Fest- und Höchstbeträge übernommen. Rezeptgebühren oder eine pauschale Eigenbeteiligung konnten so verhindert werden. Zudem wurden die Leistungen ausgedehnt und erweitert. So wurden z. B. die Vorsorgekuren für das fliegende Personal und die Beamtinnen und Beamten des Wechselschichtdienstes hinaus auf die Angehörigen des Stammpersonals der stehenden Einheiten der Bereitschaftspolizei ausgedehnt.

Entscheidungen zu möglichen Änderungen bei der Beihilfe sind von der CDU geführten Landesregierung bislang nicht getroffen und auch nicht vorgesehen. Im Gegensatz zu SPD und Grünen wollen wir jedoch das duale System aus Beihilfe und privater Krankenversicherung beibehalten. Die Versicherung der Beamten in der gesetzlichen Krankenversicherung würde im Ergebnis bei den Betroffenen zu einer immensen Gehaltskürzung führen. Dies ist mit der CDU nicht zu machen.

**Sind Sie bereit, die Entscheidungen der Verwaltungsstrukturreform bezogen auf die Polizei rückgängig zu machen?**

Mit einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform hat die Landesregierung eine nachhaltige Veränderung der Landesverwaltung bewirkt. Nach zwei Praxisjahren wurde die Verwaltungsstrukturreform in den Jahren 2007 und 2008 erstmals, unter Einbeziehung von Stadt- und Landkreisen, Regierungspräsidien, Personalvertretungen, Verbänden und Experten, mit dem Ziel notwendiger Korrekturen im Detail überprüft. Das Ergebnis bestätigt, dass die Reform für die Bedürfnisse von Bürgern und Wirtschaft maßgeschneidert ist und sich auch im Polizeibereich bewährt hat. Es sind nur wenige Korrekturen im Detail erforderlich.

**Denken Sie über Organisationsänderung (PD-Zusammenlegungen etc.) nach und wollen diese umsetzen?**

*Fortsetzung auf Seite 4*



Fortsetzung von Seite 3

Die CDU betrachtet die Überprüfung der Qualität der polizeilichen Aufbau- und der Ablauforganisation im Hinblick auf die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen und Herausforderungen als eine Daueraufgabe. Hauptaspekt bleibt dabei die erfolgreiche und flächendeckende Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben. Hierfür erforderlich werdende Umstrukturierungen müssen im Sinne der Bürger aber auch der Bediensteten umgesetzt werden. Konkrete Organisationsänderungen bei der Polizei sind aus Sicht der CDU derzeit jedoch nicht angezeigt.

**Die Erschwerniszulagenverordnung des Landes Baden-Württemberg liegt hinsichtlich der Zulagen weiter hinter der Bundesregelung zurück! Sind Sie bereit, dies in der kommenden Legislaturperiode zu ändern?**

Die durch die Föderalismusreform eröffneten Regelungsmöglichkeiten für die einzelnen Landesgesetzgeber bringen es mit sich, dass Zulagen in unterschiedlicher Höhe festgesetzt und ggf. auch spezifische Schwerpunkte gesetzt werden. Das Land hat durch die Einführung der Zulage für lageorientierten Dienst die finanziellen

Bedingungen für die Dienstleistung zu ereignisreichen Zeiten wesentlich verbessert und die Einsatzbereitschaft der Polizeibeamtinnen und -beamten anerkannt. Wir halten weitere Verbesserungen bei den Erschwerniszulagen für wünschenswert. Eine konkrete Entscheidung hierüber kann jedoch nur innerhalb des Rahmens erfolgen, den die allgemeine Haushaltslage ermöglicht.

**Sind Sie bereit, die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes und dafür die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen einzuleiten?**

Der Freiwillige Polizeidienst wurde 1963 in Baden-Württemberg zur Unterstützung und Verstärkung des Polizeivollzugsdienstes eingerichtet und hat sich seither – insbesondere bei der Wahrnehmung einfacher, aber personalintensiver Aufgaben sowie im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention – bewährt. Er bietet Bürgerinnen und Bürgern auch eine gute Gelegenheit, sich ehrenamtlich mit ihren persönlichen Fähigkeiten und Qualifikationen in die Polizeiarbeit einzubringen. Eine engagierte Bürgerschaft ist eine wichtige Voraussetzung für einen demokratisch organisierten Staat. Gleichzeitig wird die Identifikation der Bürger mit ihrer Polizei gefördert.

Vor diesem Hintergrund sieht die CDU keine Veranlassung, den Freiwilligen Polizeidienst abzuschaffen. Überlegungen, die Ausbildung der Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes weiter fortzuentwickeln, stehen wir jedoch offen gegenüber.

**Wie stehen Sie zu einer Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und -beamten wie in Berlin?**

Polizeibeamtinnen und -beamte sind verpflichtet, beim Einschreiten auf Verlangen des Betroffenen Name und Dienststelle anzugeben sowie sich ggf. durch Vorzeigen des Dienstausweises zu legitimieren. Durch diese Verpflichtung ist eine Identifizierung von handelnden Beamtinnen und Beamten in aller Regel gewährleistet. Eine Kennzeichnungspflicht unserer Polizeibeamtinnen und -beamten lehnt die CDU Baden-Württemberg ab.

Im Übrigen wären Polizeibeamtinnen und -beamte bei Einführung einer Kennzeichnungspflicht nicht nur von Betroffenen, sondern von „Jedermann“ zu identifizieren, was im Einzelfall Gefährdungen – auch von Angehörigen – mit sich bringen könnte. Wir sprechen uns nicht zuletzt auch wegen der Fürsorgepflicht gegen eine solche Kennzeichnungspflicht aus.

**GdP-WAHLPRÜFSTEINE**



**FDP Baden-Württemberg**

**Hier könnte  
auch die Antwort  
der FDP stehen.**

**AUS DER REDAKTION**

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der GdP-Phone-2.0-Nummer – NEU 01525-6132665 NEU –

Der Redaktionsschluss für die April-Ausgabe 2011 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 11. März 2011, und für die Mai-Ausgabe 2011 Freitag, der 1. April 2011.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.



**GdP-NEUJAHRSEMPFANG**

**„Die GdP warnt vor neuen Stelleneinsparungen“**

„Die Polizei sei bei dem massiven Großeinsatz am 30. September unverdient in die Frontlinie geraten“, bedauerte der frühere S21-Sprecher und Landtagsvize-Präsident Wolfgang Drexler beim diesjährigen Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei. Innenminister Heribert Rech wandte sich gegen die „teils heftigen Anfeindungen“, denen die Polizei ausgesetzt sei und verwehrte sich dagegen.



**Zahlreiche Gäste aus der Politik, aus der Polizei und von befreundeten Unternehmen kamen zum Neujahrsempfang der GdP. Foto: TM**

Die Polizei in Baden-Württemberg genießt trotz des umstrittenen Wasserwerfer-Einsatzes am 30. September in Stuttgarter Schlossgarten die volle Rückendeckung der Politik, versicherten Innenminister Heribert Rech (CDU) und Landtags-Vizepräsident Wolfgang Drexler (SPD) beim 27. Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei am 27. Januar 2011 in Eberdingen. Ständige Großdemonstrationen gegen das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21, Einsätze anlässlich von Fußballspielen, wachsende Terrorgefahr, die wieder anliegenden Castor-Transporte oder spektakuläre Gewaltverbrechen wie der Amoklauf von Lörrach; im Jahr 2010 war die Polizei in Baden-Württemberg gefordert wie selten zuvor. Nicht verwunderlich, dass die hohe Einsatzbelastung der Ordnungshüter im Land auch im Mittelpunkt des Neujahrsempfanges der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Baden-Württemberg, stand.

„Die Polizisten im Südwesten verdienen allen Respekt und den Dank der Öffentlichkeit“. Da waren sich Innenminister Rech und Landtags-Vizepräsident Drexler in ihren Ansprachen einig.

„Die Polizei ist bei dem Großeinsatz am 30. September unverdient in die Frontlinie geraten“, bedauerte der frühere S21-Sprecher Drexler und Rech wandte sich gegen die „teils heftigen Anfeindungen“, denen die Polizei ausgesetzt sei, und verwehrte sich dagegen, dass „die Leistungen und das Engagement“ von Polizisten und Polizis-



**Aufmerksame Zuhörer v. l. n. r.: Karen Argypoulos, GdP-Landesvorstand, Hans Jürgen Kirstein, stellv. GdP-Landesvorsitzender, Thomas Blenke, MdL, CDU, und Polizeisprecher, Innenminister Heribert Rech, Reinhard Gall, MdL, SPD, Innenpolitischer Sprecher, und Claus Schmiedel, MdL, SPD-Fraktionsvorsitzender**

tinnen „herabgewürdigt“ werden. Einig waren sich der Innenminister und Drexler auch darin, dass die Polizei damit überfordert wäre, wenn sie dauerhaft entlassene Gewaltverbrecher – etwa Sexualstraftäter – überwachen müsste. Auf das Nein des Europäischen Gerichtshofs zur bisherigen Praxis der Sicherheitsverwahrung müsse politisch reagiert werden und nicht nur mit polizeilichen Mitteln.

Auch der Landesvorsitzende der GdP, Rüdiger Seidenspinner, bekräftigte, dass eine Dauerüberwachung entlassener, aber noch gefährlicher Straftäter die Polizei überfordere. Derzeit beobachteten die Kolleginnen und Kollegen rund um die Uhr sechs Männer, die aufgrund der beiden Straßburger Urteile freigelassen werden mussten.

Angesichts einer „gigantischen Einsatzbelastung“ sowie einer „zu Himmel schreienden“ Altersstruktur warnte Rüdiger Seidenspinner eindringlich vor weiteren Stellenstreichungen bei der Polizei. Dies wäre gegen die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung.

„Woher kommen eigentlich die über 1 Million Überstunden bei der Polizei? Klar, wegen der enormen Arbeitsbelastung, aber auch durch eine verheerende Personalpolitik in der Vergangenheit. Die Anzahl der Überstunden macht deutlich, dass wir als Polizei zu wenig Personal haben, das kann man rechnen wie man möchte.“

Die Haushaltssanierung durch Stellenreduzierung ist vielleicht aus finanzpolitischer Betrachtung ein verständlicher Ansatz, aber nicht wenn man die enormen Belastungen der Polizei wahrnimmt, die ständigen Einsatzlagen und die immer noch anhaltende islamistische Terrorbedrohung sich vor Augen hält. Das vergleiche ich

dann schon eher mit Bungeejumping, aber ohne Seil.

Die angedachten Stellenstreichungen im Nichtvollzug stellen unweigerlich verdeckte Streichungen im Polizeibereich dar, denn die Arbeit des Tarif- und Verwaltungspersonals übernehmen dann Polizistinnen und Polizisten, denn betriebswirtschaftlich betrachtet, sind die „Eh da“. „Es hat sich in der Zwischenzeit ja herumgesprochen, dass PC's und Software nicht alleine arbeiten!“ so Rüdiger Seidenspinner.



**Wolfgang Drechsler, SPD-Landtagsvizepräsident und ehemaliger S-21-Sprecher**

Sehr deutlich kritisierte der GdP-Landesvorsitzende ein Mitglied der Landesregierung Baden-Württemberg:

„Was uns als Polizei ziemlich tief getroffen hat, ist, als sich ein Mitglied der Landesregierung zweimal sehr zweifelhaft über die Polizei geäußert hat. Einmal im Zusammenhang mit der Bewachung von Sexualstraftätern, in Fachkreisen auch

*Fortsetzung auf Seite 6*

**Anzeigen**

Werden Sie Mitglied beim  
**»Deutschen Roten Kreuz«**

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch  
**Labor Dr. Gärtner**  
 Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0

**Stuttgart, möblierte 1-Zimmer-Wohnung**  
 23 m² Wohn- und Nutzfläche! 290,00 € WM\* – zum 15. 3. 11, E-Mail: GuidoSchmucker@gmx.de



**GdP-NEUJAHRSEMPFANG**

Fortsetzung von Seite 5

KURS genannt (das sind nicht die, die auf Grund eines Urteils des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes aus der nachträglich verhängten Sicherheitsverwahrung auf freien Fuß gesetzt werden müssen); hier äußerte der in Frage kommende Minister, dann müsse halt die Polizei mehr Leute dafür abstellen und weniger Knöllchen schreiben.



Ein zweites Mal zeigte dieser Minister seine Fachkenntnis, als es um seinen eigenen Waffenbesitz ging. Diesen erklärte er damit, dass man ja beim Tortenwurf auf den Ministerpräsidenten Oettinger gesehen habe, was von den Personenschützern zu halten ist. Dass jeder seine Meinung haben darf ist unumstritten, aber ich hätte mir hier Reaktionen von den Wortgewandten in Schrift und Ton gewünscht, die sich sonst immer zu Wort melden, denn hier wäre eine Möglichkeit gewesen, sich vor die Polizei zu stellen.

Dass dieses Regierungsmitglied nun seine Waffe abgegeben hat, macht die Sache

von damals auch nicht besser. Wer jetzt meint, dass ich dem Innenminister fehlende Reaktion vorwerfe, der täuscht sich, denn mit seiner Mimik und Gestik in der Landtagsdebatte hat er gezeigt, wo er steht, nämlich auf Seiten der Polizei – hierfür vielen Dank.“

**Vorgrißsstundenmodell**

Zum Vorgrißsstundenmodell führte Rüdiger Seidenspinner aus:

„Für die GdP war es von Anfang an in keiner Weise diskutabel, über eine verpflichtende Vorgrißsstundenregelung für alle nachzudenken, denn dies wäre lediglich eine verdeckte Wochenarbeitszeiterhöhung gewesen.

Es war aber ein sinnvolles Gedankenspiel einmal darüber nachzudenken, ob die Polizistin/der Polizist nicht selbst entscheiden kann, von seiner Unsumme von Überstunden – u. U. nicht nur eine pro Monat – einige auf eine Art ‚Sparbuch‘ zu legen und dann selbst darüber zu entscheiden, wann er sie ‚abhebt‘. Vielleicht am Ende seiner Dienstzeit, nach einer bestimmten Zeit auf einmal oder in kleinen Raten, oder, oder, oder.

Hierzu bedarf es aber noch klaren Regelungen, wie solche Vereinbarungen vertraglich geregelt – also rechtsverbindlich – sein müssen;

dass genau festgelegt wird, wie im Fall der Fälle – also wenn jemand gesundheitlich früher in Pension gehen muss – zu welchem Stundensatz die Stunden vergütet

werden; wie hoch die Höchstwochenarbeitszeit dann maximal sein darf (ist eigentlich schon in der EU-Richtlinie 2003/88 – doch bei Einsätzen zählt dies nicht) wie hoch die Zinsleistung des Staates ist, denn jeder, der sich für dieses Modell entscheidet, leiht dem Land Baden-Württemberg die bereits geleistete Arbeitszeit.

Die Regelung gilt auch nicht für alle Bereiche in der Polizei, aber für den ein oder anderen wäre es zumindest überlegenswert. Es gibt also noch eine Menge Fragen, die beantwortet werden müssen. Wir als GdP sind gerne dazu bereit, darüber zu re-



den und zu diskutieren, aber nicht per ‚Order de Mufti‘. Dies wurde auch am 10. Januar 2011 im Staatsministerium von mir so vorgetragen. Nun haben Regierung und Fraktion die Wege für weitere Gedanken in diese Richtung geebnet. Darüber hinaus sind Kürzungen bei Gehalt und Pensionen sowie Beihilfe und freier Heilfürsorge – zumindest in der Erprobungsphase bis 2012 – vom Tisch.“

**Wki**

**AUS DEN KREISGRUPPEN**

**Die GdP hilft**

Wegen schwerer Krankheiten war unser Kollege Carsten Zimmer lange Zeit nicht mehr an seinem Arbeitsplatz beim Stuttgarter Polizeirevier 3 Gutenbergstraße.

Am 1. Februar 2011 konnte er im Rahmen einer Wiedereingliederungsmaßnahme wieder seinen Dienst beginnen.

Der Kampf gegen die Krankheiten, nicht erstattungsfähige erhebliche finanzielle Folgekosten, die Sorge um die Familie und die Ungewissheit, wie es weitergeht, haben ihm und seiner Familie alles abverlangt.

Die Familie, ein eiserner Wille und eine mehr als nur verständnisvolle Kollegenschaft um den Revierleiter PR Brenner haben schließlich den Wiedereinstieg möglich gemacht. Um die finanziellen Anforderungen etwas erträglicher zu gestalten

und um die Lebensfreude von Carsten und seiner Familie zu unterstützen, stellte der zu unserer Gewerkschaft der Polizei gehörende Unterstützungsverein der Polizei einen namhaften Geldbetrag zur Verfügung.

Der Scheck wurde am ersten Arbeitstag durch das Mitglied im Landesvorstand, Karen Argyropoulos, und dem Vorsitzen-



**Karen Argyropoulos (GdP-Landesvorstand) und der Kreisgruppenvorsitzende Walter Burkart übergeben den Scheck an unser Mitglied Carsten Zimmer.**

den der Kreisgruppe PP Stuttgart, Walter Burkart, an Carsten überreicht.

Mit Erleichterung und sichtlich bewegt bedanke sich Carsten für die sehr willkommene und auch notwendige Hilfe. Wir wünschen Carsten viel Erfolg bei der Bewältigung seiner gesundheitlichen Probleme und viel Erfolg beim Wiedereinstieg.

**W.B.**

**Seniorenstammtisch der GdP-Senioren Heilbronn**

Der nächste Stammtisch der GdP-Senioren Heilbronn findet am Montag, dem 14. März 2011, um 14.30 Uhr in der gemeinsamen Kantine Polizeidirektion/Finanzamt Heilbronn statt.

**EW**



## Die GdP gratuliert herzlich

### Zur Beförderung zum/zur:

#### **Polizeiobererrat**

Alb-Donau/Ulm: Volker Stier.

#### **Ersten Polizeihauptkommissar**

Bepo-Göppingen: Rainer Maier. Göppingen PD: Reimund Vater. Lör-rach: Dietmar Ernst. Ortenaukreis: Gerhard Engel, Reinhard Grubeck. Ostalbkreis: Leonhard Schenk. Rastatt/Baden-Baden: Lothar Batschauer, Eugen Wiegert. Schwäbisch Hall: Rolf Kircher. Tübingen PD: Klaus Niederwieser.

#### **Ersten Kriminalhauptkommissar**

Alb-Donau/Ulm: Michael Deym. Heilbronn: Herbert Burkhardt, Werner Waldvogel. Landeskriminalamt: Paul Kimpfner. Mannheim: Volker Bauder. Zollernalbkreis: Rudolf Welte.

#### **Polizeihauptkommissar/-in A 12**

Alb-Donau/Ulm: Joachim Hardegger, Andreas Musch. Böblingen PD: Michael Lainer, Günter Sanzi. Bodenseekreis: Jürgen Kretzer, Jürgen Rauch. Emmendingen: Martin Bergmann. Esslingen: Michael Conz, Uwe Hauser, Jens-Heiko Munch. Freiburg PD: Peter Berg, Bernd Seiter. Freudenstadt: Harald Dieterle. Heilbronn: Ralf Grüb. Karlsruhe PP: Ulrich Jäck, Harald Vogel. Ortenaukreis: Gerd Jund, Karen Stürzel, Johannes Uhl, Bernd Vogt. Rastatt/Baden-Baden: Thomas Frietsch, Reiner Siegel. Rems-Murr-Kreis: Roland Fink. Reutlingen: Jochen Falk. Schwäbisch Hall: Hans-Peter Müller.

#### **Kriminalhauptkommissar A 12**

Esslingen: Bernhard Lohr, Gundram Lottmann. Landeskriminalamt: Thomas Gross, Tilmann Kübler. Rastatt/Baden-Baden: Ralf Durm.

#### **Polizeihauptkommissar/-in**

Alb-Donau/Ulm: Tobias Melzner, Roland Schmitt. Bepo-Göppingen: Andreas Dinkel. Böblingen PD: Konrad Schmid. Freiburg PD: Andreas Imhof, Markus Kicherer, Bernhard Schindler. Heidelberg: Michael Hühn. Heilbronn: Josef Kretz. Karlsruhe PP: Petra Herr. Landeskriminalamt: Raimond Hoffmann. Ludwigsburg: Harald Axmann, Detlef Bach, Axel Feuchtner, Michael Frenz, Uwe Fritz, Roland Lichtblau, Klaus Woelper. Mannheim: Dieter Jacoby, Thomas Katzenberger, Peter Nowack. Mosbach: Markus Kreutzer. Ortenaukreis: Herbert King. Ostalbkreis:

Herbert Maertz, Elena Risel, Wilhelm Steininger. Rastatt/Baden-Baden: Christian Blank. Ravensburg PD: Dietmar Preinl, Anton Schäfer. Rems-Murr-Kreis: Hans Randler. Reutlingen: Heinz Jürgen Pfeiffer, Stuttgart PP: Dieter Cholewa, Michael Grimm, Kurt Neher. Tübingen PD: Gottfried Gulde. Zollernalbkreis: Karlheinz Kloetzl.

#### **Kriminalhauptkommissar/-in**

Bodenseekreis: Peter Stegmaier. Göppingen PD: Holger Schmid. Landeskriminalamt: Ingrid Berbalk. Main-Tauber-Kreis: Rainer Wasser. Mannheim: Arne Paeschke. Rems-Murr-Kreis: Stefanie Lohrmann. Waldshut-Tiengen: Markus Schaaf.

#### **Polizeioberkommissar/-in**

Alb-Donau/Ulm: Peter Lienhardt, Harry Schmid. Bepo-Göppingen: Harald Bögge, Robin Kuscher. Böblingen PD: Heiko Schanz. Bodenseekreis: Joachim Broschek. Freiburg PD: Klaus Keitz, Rainer Neubronner. Göppingen PD: Marcus Runft. Heidelberg: Edgar Ridinger, Thomas Schuhmacher. Heilbronn: Martina Beutinger, Axel Dollinger, Klaus Hoffmann, Gisbert Schumacher. Karlsruhe PP: Christian Anger. Konstanz: Ingo Leidolt, Nicole Minge. Franz Stehle. Mannheim: Michael Betzwieser, Ralf Kergl. Mosbach: Christoph Lehwald. Ortenaukreis: Stefan Münster. Ostalbkreis: Thomas Hartmannschott. Ravensburg PD: Rainer Krause, Leo Schmid. Rems-Murr-Kreis: Stephan Schlotz. Reutlingen: Jürgen Schneider. Stuttgart PP: Stephan Schleicher, Philipp Stanienda. Zollernalbkreis: Belinda Baier.

#### **Kriminaloberkommissar/-in**

Karlsruhe PP: Maik Beisel, Thomas Ott. Konstanz: Karl-Heinz Schala. Pforzheim: Peter Geib. Rastatt/Baden-Baden: Stefan Weiss. Reutlingen: Eberhard Kümmerle. Schwäbisch Hall: Sabine Kilian. Stuttgart RP: Christoph René Hartmann.

#### **Polizeikommissar**

Bepo-Göppingen: Michael Born. Böblingen PD: Wolfgang Kircher.

#### **Polizeihauptmeister +Z**

Bepo-Bruchsal: Simon Rüdiger. Heidenheim: Bernd Bergmann. Mannheim: Walter Feth. Tübingen PD: Friedrich Kärcher.

#### **Polizeihauptmeister/-in**

Alb-Donau/Ulm: Jürgen Baur, Rolf Grünwied, Gabriele Heide, Zlatko To-

ma. Bepo-Böblingen: Marco Witter. Böblingen PD: Klaus Mohr, Nina Scholz. Bodenseekreis: Andrea Klein. Calw: Diana Waidelich. Esslingen: Carmen-Charlotte Köhler, Peter Laub. Freiburg PD: Jutta Mauz, Thorsten Piefke, Ralf Rapp. Göppingen PD: Annette Hildinger. Heidelberg: Matthias Jelen, Sandra Katz, Andreas Richter. Heilbronn: Daniela Büttner. Karlsruhe PP: Christian Jäck, Bernd Moser, Christian Störmer. Landeskriminalamt: Huelya Yilmaz. Ludwigsburg: Oliver Ott. Mannheim: Markus Mackert, Ulrich Mayer, Petra Neumeister, Anja Paeschke, Dirk Weingarth. Rastatt/Baden-Baden: Diana Fischer, Ramona Ganter. Ravensburg PD: Edmund Bodenmiller. Rems-Murr-Kreis: Sven Dall Osteria, Rüdiger Greiner. Reutlingen: Regine Kuttler, Ralph Mang. Schwäbisch Hall: Janine Grimm, Susanne Schmelzle. Sigmaringen: Birgitta Widmann. Tübingen PD: Jutta Böhler, Melanie Glaser, Gerd Strobel. Zollernalbkreis: Franz Nagy.

#### **Polizeiobermeister**

Esslingen: Fatih Esiktas. Ludwigsburg: Philipp Csauth. Mannheim: Sören Köhler.

#### **Es traten in den Ruhestand**

Esslingen: Rolf Willimzick. Heilbronn: Reinhold Frick. Heidelberg: Bruno Heilmann. Main-Tauber-Kreis: Gernot Schmitt. Mosbach: Oskar Kaiser. Ostalbkreis: Reinhold Mischko. Rems-Murr-Kreis: Klaus Szojda.

*zusammengestellt v. A. Burckhardt*





## Vorfreude auf die Sommerferien! Familienurlaub „Alles inklusive“ an der Türkischen Riviera

Sichern Sie sich jetzt die besten Urlaubsplätze für die Schulferien zu günstigen Preisen für die ganze Familie! Und damit der Geldbeutel auch vor Ort geschont bleibt, ist die Verpflegung dort „Alles inklusive“...

### Side-Evrenseki

**CLUB CALIMERA Monachus Side** ★★★★★

z.B. im August ab Stuttgart  
1 Woche im Doppelzimmer, AI, Flug, pro Person ab

Kinderfestpreis (2 bis 12 Jahre) ab € 367  
ITS-Tipp: Gute-Laune-Schwimmkurse für Kinder ab 4 Jahre

€ 897,-

### Side-Colakli

**SUNSHINE Kamelya World Fulya Resort & Spa** ★★★★★

z.B. im August ab Stuttgart  
1 Woche im Doppelzimmer, AI, Flug, pro Person ab

Kinderfestpreis (2 bis 12 Jahre) ab € 377  
ITS-Tipp: Direkt am langen Sandstrand. Aquapark inklusive

€ 940,-

Unser Partner:  
**PSW Reisen GbR** · Eberhardstr. 30, 70736 Fellbach  
Tel. 0711 5788186 · Fax 0711 579912  
E-Mail: fellbach@tc-rb.de

**PSW Reisen GbR** · Maybachstr. 2, 71735 Eberdingen  
Tel. 07042 879225 · Fax 07042 879222  
E-Mail: info@psw-gbr.de

## ISRAEL

Eine Reise durch das Heilige Land



Do. 2. 6. 2011 - Do. 9. 6. 2011

Reisepreis: 1290,- €  
p.P. im DZ · EZ-Zuschlag 280,- €

**Reiseverlauf: Donnerstag, 2.6.2011**

Flug Frankfurt - Tel Aviv. Flughafen Ben Gurion.  
Einreiseformalitäten, Transfer Hotel. AE. und ÜN.  
**Freitag, 3.6.2011 Ceasarea - Haifa - Tiberias**  
Frühstück, Fahrt nach Ceasarea, Besichtigung  
römisches Amphitheater, Kreuzritterburg. Haifa:  
Stadtrundfahrt mit Panoramablick auf Stadt  
und Hafengebäude. Besuch Stella Maris Kirche und  
Monarch, weiter zum See Genezareth. AE./ÜN.

**Samstag, 4.6.2011 Nazareth**

Fahrt zum Berg der Seligpreisung, Fußmarsch  
über Tabgha und Kapernaum. Besichtigung  
einiger Reste der Synagoge. Bootsfahrt auf  
dem See Genezareth. Nachmittags Fahrt nach  
Nazareth,  
Besichtigung Verkündigungskirche. AE./ÜN.

**Sonntag, 5.6.2011 Beth Shean - Jerusalem**  
Fahrt Galiläa zur Jordan-Taufstelle Yardenit. Ent-  
lang des Jordantals nach Beth Shean, archäolo-  
gischen Ausgrabungen. Fahrt n. Jerusalem, der  
„Heiligen Stadt“. AE./ÜN. in Jerusalem

**Montag, 6.6.2011 Jerusalem**  
Fahrt Skopusberg, Panoramablick über Jerusa-  
lem. Besuch Garten Gethsemane, Kirche aller  
Nationen, Zionsberg, Grabstätte von König  
David, Saal des letzten Abendmahls, Dormitio  
Abtei. Bethlehem Grab Rachel, Geburtskirche.  
AE./ÜN. in Jerusalem

**Dienstag, 7.6.2011 Jerusalem Neustadt**  
Besichtigungen: Neustadt. Knesset. Blick auf die

grandiose Menorah. Israel-Museum mit dem  
Schrein des Buches (die Schriftrollen vom Toten  
Meer), obersten Gerichtshofes, Herzl Berg,  
Gedenkstätte Yad Vashem. Hadassah-Kranken-  
haus mit der Synagoge (Glasfenster von Marc  
Chagall). Fahrt über Ein Karem nach Jerusalem.  
AE./ÜN. in Jerusalem

**Mittwoch, 8.6.2011 Totes Meer**

Besichtigung Felsenfestung Massada, Seilbahn  
zu den Ausgrabungen (Palast des Herodes,  
Synagoge, Badehäuser, etc.). Atemberaubender  
Blick übers Tote Meer u. römischen Lager, Mög-  
lichkeit z. Bad i. Toten Meer. RF. Abendessen,  
Übernachtung.

**Donnerstag, 9.6. 2011 Rückreise**

Transfer zum Flughafen, Rückflug nach  
Frankfurt.

**Leistungen in detaill. Reisebeschreibung**

**Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen**  
**Anmeldeschluss: 31. März 2011**

## CHINA

Naturparadiese und Kultur  
15-tägige Gruppenreise durch den noch  
weithin unbekanntes Südwesten

Für alle GdP-Mitglieder  
und deren Angehörige **5%\***

\*) wenn Sie bei PSW-Reisen GbR Ihre Reisen -  
egal von welchem Veranstalter - buchen,  
Ih. unseren Bestimmungen zurückerstattet.  
Es lohnt sich.

Di. 17.5. - Di. 31.5.2011  
Reisepreis: 2 699,- €  
p.P. im DZ · EZ-Zuschlag 300,- €

**Shanghai - Xi'an - Kunming - Dali - Li-  
jiang - Shangri-La - Kunming - Guilin  
- Shanghai. Eine faszinierende Tour mit  
Flugzeug, Bahn, Bus und Schiff durch  
Chinas Südwesten an der Grenze zu  
Myanmar, Laos und Vietnam.**

**Reiseverlauf:**

**17. Mai:** Frankfurt - Shanghai - Xi'an.  
**18. - 20. Mai:** Xi'an, Terrakotta-Armee,  
Stadtmauer, „Große Wildganspagode“,  
Moslem-Viertel, Moschee, Freizeit.  
**20. - 22. Mai:** Kunming, Flug Xi'an - Kunming,  
einzigartiger Steinwald und Westberge  
**22. Mai:** Busfahrt Kunming zur Königsstadt  
am Grünen Berg „Dali“, 1980 m, am Er-See.  
Altstadt „Drei-Pagoden-Tempel“  
**23. Mai:** Busfahrt Dali - Lijiang. Altstadt, Teich  
des Schwarzen Drachen. Aussicht a. d. Jadedra-  
chen-Schneegebirge (5596 m h). Lijiang 2600 m.  
**24. Mai:** Ausflug zur Tigesprungschlucht.

Die 15 km lange Schlucht des Jinsha Jiang  
(Yangzi) gehört zu den tiefsten der Welt.  
Fahrt n. Shangri La

**25. Mai:** Besichtigung des Nationalparks

**26. Mai:** Flug Zhongdian - Kunming - Guilin.

**27. Mai:** Schifffahrt Li-Fluss durch die Karst-  
landschaft bis Yangshou

**28. Mai:** Besichtigung Elefantenrüsselberg,  
Tropfsteinhöhle, Freizeit, Flug nach Shanghai

**29. Mai:** Shanghai, Stadtrundfahrt, Besichti-  
gung Yu-Garten, Fernsehturm, Einkaufen in der  
Nanjing Road, Bummel, am Abend Akrobatik

**30. Mai:** Zugfahrt Shanghai - Hangzhou,  
Hangzhou, Bootsfahrt West-See, Lingying Tem-  
pel, Pagode 6. Harmonie. Zugrückf. Shanghai.

**31. Mai:** Besicht. Shanghai, Rückfl. Frankfurt  
**Leistungen in detaill. Reisebeschreibung.**  
**Sie können vor oder nach dieser Rundreise**  
**4 Tage Peking buchen.**  
**Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen**

Bitte fordern Sie für alle  
Reisen unsere detaillierten  
Reiseausschreibungen an.

**PSW-Reisen GbR**

Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen · Tel. 07042-879225  
Fax 07042-879222 · E-Mail: info@psw-gbr.de

**Thomas Cook, PSW-Reisen**

Eberhardstr. 30 · 70736 Fellbach · Tel. 0711-5788186  
Fax 0711-579912 · E-Mail: fellbach@tc-rb.de